

TLZ-AKTION

„Ein gutes Gespür für die Probleme des Landes“

Die Wünsche und Visionen der TLZ-Leserinnen und Leser für das neue Staatsoberhaupt

■ Von Hartmut Kaczmarek

Erfurt. Endspurt für diejenigen, die noch eine Chance haben wollen, bei der Tafel der Demokratie am Freitag, 20. August, in Berlin dabei zu sein. 1500 Menschen aus ganz Deutschland haben bei diesem riesigen Festmahl auf dem Pariser Platz in Berlin die einmalige Chance, dem neuen Bundespräsidenten Christian Wulff ihre Wünsche und Visionen für seine Amtszeit mit auf den Weg zu geben. Zahlreiche TLZ-Leser haben sich schon beworben und wollen dabei sein, wenn der Präsident und seine Frau die Gäste aus ganz Deutschland begrüßen. Auf untenstehendem Coupon können Sie sich noch bewerben. Wenn Ihr Coupon uns bis Montag erreicht hat, sind Sie bei der Auslosung der 25 x 2 Karten für die Tafel der Demokratie dabei. Voraussetzung: Sie sollten Ihre Wünsche und Visionen für das Staatsoberhaupt aufschreiben. Vielleicht haben Sie dann auch die Chance, diese Wulff in einem Toast selbst vorzutragen. Denn zwei von den 1500 Bürgerinnen und Bürgern werden dazu ausgewählt. Nachfolgend eine Auswahl aus den eingegangenen Wünschen:

Er möge immer nahe bei den Bürgern sein! Er möge ein gutes Gespür für die Probleme unseres Landes haben und Mut machen!

Hans Joachim Schenkhoff, Weimar

Ich wünsche Ihnen, sehr geehrter Herr Präsident, dass es Ihnen gelingt, Ihr Amt unabhängig von den Querelen der Parteienstreitereien zu führen. Ich wünsche Ihnen auch, dass Sie den führenden Kräf-



Suchen den Kontakt zu den Menschen: Bundespräsident Christian Wulff und seine Frau Bettina. Am 20. August empfingen sie 1500 Bürgerinnen und Bürger aus ganz Deutschland, darunter 50 TLZ-Leserinnen und Leser, an der Tafel der Demokratie. Foto: ddp

ten in den staatlichen und wirtschaftlichen Gremien unseres Landes gegebenenfalls kräftig die Leviten lesen und sich nicht mit Repräsentationspflichten zufrieden geben.

Meine Vision von Ihrer Amtsführung: dass es Ihnen gelingt, die kranke Demokratie unseres Landes zu heilen. Denn unser Land scheint mir

überwuchert zu sein von einem ungesunden Parteiengedank und von einer Diktatur des Marktes – ich nenne das „Forokratie“, man könnte auch sagen „Plutokratie“. Ich wünsche mir, dass in unser Staatswesen so etwas prägend einfließt, was mit Aristokratie bezeichnet werden kann. Ich erwarte mir von Ihrer Amtsführung, dass in mir wieder

so etwas wie Vaterlandsliebe bzw. Patriotismus wächst; beides ist mir in der Zeit von 1939 bis 1945 und in der Zeit von 1949 bis 1989 abhandeln gekommen und seither noch nicht wieder nachgewachsen. Außerdem würde ich es begrüßen, dass jedesmal, wenn von Rechtsradikalismus die Rede sein muss, auch der Linksradikalismus mit benannt wird. Was wir m. E. brauchen, ist eine sehr starke Mitte, gemäß der Präambel unseres Grundgesetzes: „Verantwortung vor Gott und den Menschen“. Artikel 1 des Grundgesetzes spricht davon, dass „die Würde des Menschen unantastbar“ sei. Das ist meines Erachtens eine hehre These, die Wirklichkeit sieht anders aus. Die Würde des Menschen ist leider sehr wohl antastbar, und nicht selten tastet der Mensch seine Würde selbst an, beschädigt und verachtet sie. Ich erhoffe mir von einem Bundespräsidenten, dass er sein Augenmerk besonders auf dieses Problem richtet.

Hans-Peter Steinhäuser, Pfarrer i.R., Gera

Überparteilichkeit, kritisch auch gegenüber der Wirtschaft und den Banken. Wir wünschen persönlich viel Gesundheit und Durchhaltevermögen.

Jens Hartmann, Weimar

Lieber Bundespräsident, ich hoffe, Sie achten darauf, dass eine fundierte Bildung allen Bevölkerungsschichten zugänglich bleibt und so auch sozial schwache Familien eine Chance haben, ihren eigenen Weg zu gehen und sich an unserer Zukunft zu beteiligen.

Robert Seidel, Jena

Noch mehr das Zusammenwachsen von Ost und West fördern. Feste Integration ausländischer Bürger. Ein volksnaher Präsident, welcher auf Sorgen und Nöte reagiert.

Reinhard Weghenkel, Gersungen

Er möchte dafür sorgen, dass die Bürger die Wahrheit über die Lage in Deutschland erfahren und nicht belogen und betrogen werden.

Brigitte Flemming, Jena

Frieden, Freiheit, soziale Gerechtigkeit und die Einheit in den Köpfen für unser deutsches Vaterland.

Dr. Rüdiger Grunow, Jena

..., dass Herr Wulff sich für eine ökosoziale Marktwirtschaft, für einen globalen Marshallplan einsetzt, der insbesondere Afrika im Fokus hat.

Josef Ahlke, Erfurt

Erfahrung ist wichtig für die Testphase

Sechs Gemeinschaftsschulen am Start

■ Von Stefanie Bühlichen und Thorsten Bükler

Jena/Weimar. Sechs Pilotprojekte für Gemeinschaftsschulen sind gestern in Thüringen gestartet worden. Doch so neu ist die Idee nicht – zumindest in Jena praktizieren die beiden teilnehmenden Schulen bereits seit Jahren den gemeinsamen Unterricht. „Wir sind seit Jahren schon eine Gemeinschaftsschule“, sagt Barbara Wrede, Schulleiterin der Lobdeburgschule. Bis zum Beginn des Pilotprojekts sei man „nichts“ gewesen: weder Gesamtschule noch Realschule. Da die Lobdeburgschule mit der Grundschule beginnt und weiterführende Schulformen integriert anbietet, sei man durch alle Schulformen-Raster gefallen. „Uns fehlte der Status.“ Dies habe sich mit dem Pilotprojekt „Gemeinschaftsschule“ geändert.

Seit Jahren Unterricht „ohne äußere Differenzierung“

Auch die Jenaplan-Schule in Jena ist froh über die Teilnahme, denn „wir haben langjährige Erfahrungen mit klassenstufenübergreifendem Lernen“, sagt Thomas Röher, stellvertretender Schulleiter. Jene Erfahrung sehe er als besonders bereichernd für die Testphase an und sei darauf bedacht, diese einzubringen. Gisela John, ehemalige Schulleiterin der Jenaplan-Schule, habe sogar noch eine Kollegin ernannt, welche in die Arbeitsgemeinschaft „Gemeinschaftsschule“ die Erfahrungen der Jenaplan-Pädagogik einbringen soll. Dabei geht Jenaplan noch einen Schritt weiter als die Lobdeburgschule: Vom Kindergarten an bis zum Schulabschluss lernen die Kinder und Jugendlichen zusammen. Die Gestaltung individueller Lernwege steht bei beiden reformpädagogischen Schulen im Vorder-

grund. Unterricht „ohne äußere Differenzierung“ werde ohnehin seit Jahren betrieben, ebenso Projektarbeiten, jahrgangsübergreifender Unterricht und individualisiertes Lernen.

Projektteilnehmer sollen keine Exoten bleiben

„Ich finde das Projekt sehr gut, weil Gemeinschaftsschulen keine Exoten bleiben dürfen – sie tun den Kindern gut“, sagt Barbara Wrede. Nicht nur schwache Kinder würden von dieser Schulform profitieren. Auch Kinder und Jugendliche aus einem sogenannten bildungsnahen Elternhaus würden erkennen, dass ihre gut situierte soziale Herkunft keineswegs selbstverständlich ist. Die Gemeinschaftsschule sei deshalb sehr zuträglich für das soziale Lernen, das Voneinanderlernen und die Toleranz.

Entgegen der landläufigen Meinung, dass starke Schüler unter den schlechteren leiden würden, kann Barbara Wrede aus ihrer eigenen Erfahrung heraus nur positive Effekte für alle Beteiligten erkennen. „Es ist toll, wenn die Kinder von klein auf zusammen sind.“ Damit solch eine Schulform funktionieren, sei besonders auf gut ausgebildete Lehrer zu achten. Denn die Schwierigkeit bestehe darin, individualisierten Unterricht zu konzipieren und umzusetzen, damit vom Förderschüler bis zum Hochbegabten jeder auf seine Kosten kommt.

Weimar trifft erst am 1. September eine Entscheidung

In Weimar ist die Wieland-Grundschule, in der nach dem Jenaplan-Konzept unterrichtet wird, als Gemeinschaftsschule im Gespräch. Nach einem Votum der Schulkonferenz im April beauftragte der Stadtrat noch vor der Sommerpause die Verwaltung, ein Konzept mit Räumen und Gebäuden zu untersetzen. Als Standort für die künftige Abiturstufe brachte der Förderverein das Gebäude des früheren Wilhelm-Ernst-Gymnasiums am Herderplatz ins Gespräch. Da die Schule jedes Jahr um eine Klassenstufe aufwachsen werde, ergebe sich der Bedarf für die Oberstufe erst in fünf Jahren, sagte der Vereinsvorsitzende Anselm Graubner. Die Schulkonferenz will, dass die Grundschule mit ihren 300 Kindern noch im September in eine Gemeinschaftsschule überführt wird. Ein Grundsatzbeschluss dazu wird im Weimarer Stadtrat am 1. September erwartet.



Kulturminister Christoph Matschie (SPD) startete mit sechs Gemeinschaftsschulen. In Weimar steht die Entscheidung noch aus. Foto: pm

TLZ-COUPON

Ich möchte am Freitag, 20. August, in Berlin an der „Tafel der Demokratie“ zur Amtseinführung des Bundespräsidenten teilnehmen.

Name, Vorname.....

Anschrift.....

Telefon + E-Mail

meine Begleitperson

Visionen und Wünsche, die ich dem Bundespräsident mit auf den Weg geben will:

.....

Bitte einschicken an: TLZ-Chefredaktion, Kennwort: Demokratie, Marienstraße 14, 99423 Weimar

Wehrleute: Oft Ärger bei Freistellung

Halle/Erfurt. (ddp) Der Landesfeuerwehrverband Sachsen fordert Steuererleichterungen für Firmen, die freiwillige Feuerwehrleute beschäftigen. Der Vize-Vorsitzende Christian Kirsch sagte MDR Info, dass es derzeit Probleme mit Arbeitgebern gebe. So sei einigen Kameraden untersagt worden, ihren Arbeitsplatz für Feuerwehreinsätze zu verlassen. Auch in Thüringen gibt es nach Angaben des Geschäftsführers des Landesfeuerwehrverbandes, Alexander Blasczyk, Probleme mit der Freistellung. Tagsüber könnten die notwendigen Feuerwehr-Einheiten „nur mit Mühe“ besetzt werden, sagte er. „Diese Problematik verschärft sich schon seit Jahren“, erklärte er. Auch aus Sachsen-Anhalt wird ähnliches berichtet.

Ausschüsse vertraulich

CDU und SPD lehnen die Vorschläge der Grünen ab

Erfurt. (elo) Bereits seit Monaten wird im Landtag unter den parlamentarischen Geschäftsführern (PGF) über Änderungen der Geschäftsordnung verhandelt. „Unsere Ziele waren und sind die Stärkung der Minderheitenrechte, die Beteiligung aller Fraktionen und mehr Transparenz, um die parlamentarische Demokratie erfahrbarer zu machen und zugleich dem Fünf-Fraktionen-Parlament Rechnung zu tragen“, sagt Grünen-PGF Astrid Rothe-Beinlich.

Bereits im Frühjahr hätten ihre Vorschläge dazu auf dem Tisch gelegen. Im Juni sollten diese auf die Tagesordnung im Plenum, allerdings habe die CDU Bewegung signalisiert – unter anderem mit Blick auf das öffentliche Tagung von Ausschüssen (die

TLZ berichtete). Nur deshalb habe ihre Fraktion damals ihre Anträge zurückgestellt. Seit gestern allerdings ist für die Grünen klar: CDU und SPD verweigerten sich jeglicher substanzieller Änderung. Die Ausschüsse sollen weiterhin intern tagen, das Zählverfahren zur Besetzung von Ausschüssen und Gremien wird nicht angetastet und die Quoren für Selbstbefassungsanträge werden nicht gesenkt.

„Wir fühlen uns von dieser Hinhaltenaktik regelrecht verschaukelt“, stellt Rothe-Beinlich unmissverständlich klar. Für sie ist die neue Marschrichtung der Union umso verständlicher, da deren Fraktionschef Mike Mohring höchstpersönlich gesagt habe, dass er sich durchaus öffentlich tagende Aus-

schüsse vorstellen könne. Die Parlamentarische Geschäftsführerin will jedoch an den Änderungen festhalten. Dazu zählt neben der Geschäftsordnung auch eine Änderung der Verfassung, in der im Artikel 62, Absatz 2, derzeit steht, dass die Ausschüsse des Thüringer Landtags in der Regel nicht öffentlich tagen. Die Hürde der Verfassungsänderung, mutmaßt Rothe-Beinlich, sei aber wohl in der CDU-Fraktion nicht mehrheitsfähig gewesen. Nur die Geschäftsordnung zu ändern, dürfte allerdings kaum Sinn machen, da der Verfassungstext dann genau das Gegenteil besagt.

Die Änderungsanträge der Grünen zur Geschäftsordnung sollen im Augustplenum als erster Tagesordnungspunkt behandelt werden.



Mittelalter und Gegenwart: In Weimar wirbt bis Sonntag Carola Queitsch für die Sächsische Landesausstellung 2011. Thema: die 800-jährige Geschichte der mittelalterlichen Handelsstraße „Via Regia“, die auch durch Thüringen führte. Zuvor war das Infomobil in Erfurt. Foto: Peter Michaelis